



DIE ROTE HILFE

1.2020

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 46. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 17
REPRESSION

§ 114 in Wuppertal –
Zahlreiche Prozesse

S. 31
BETRIEBSREPRESSION

100 Jahre
Betriebsräte

S. 34
RECHT & UNORDNUNG

Die „faktische
Versammlungsleiter*in“

S. 53
SCHWERPUNKT

Seenotrettung
im Fadenkreuz

S. 62
INTERNATIONALES

Nach dem Gefängnis ...
... gegen das Gefängnis

SOLIDARITÄT MIT SEENOTRETT*INNEN!



■ Der Roten Hilfe ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

EDITORIAL

IN EIGENER SACHE

- 4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge ...
- 7 Arbeiterinnen kämpfen!
- 10 Zehn Jahre Frankfurt
- 12 Solidarität verbindet

REPRESSION

- 15 Immer noch G20
- 17 §114 in Wuppertal
- 18 Gotha: Free the three
- 22 ... die Antwort der Stunde!
- 24 Staatlicher Rassismus tötet
- 26 Neues zum Mord an Oury Jalloh
- 29 Wissenschaften unter dem RADAR

BETRIEBSREPRESSION

- 31 100 Jahre Betriebsräte

RECHT & UNORDNUNG

- 34 Die „faktische Versammlungsleiter*in“

SCHWERPUNKT

- 36 No Borders Navy
- 44 Abwehr statt Rettung
- 47 Gesetze gegen Rettung
- 50 Seenotrettung im Fadenkreuz
- 53 Die Kriminalisierung von NGOs

DEBATTE

- 56 Nennt sie, wie ihr wollt!

REPRESSION INTERNATIONAL

- 57 Schwarzer Protest
- 60 Freiheit für Simon Trinidad!
- 62 Nach dem Gefängnis ...

AZADI

- 64 Azadi – Information des Rechtshilfefonds für Kurd*innen

REZENSIONEN

- 67 Unrechtsstaat BRD

AUS ROTER VORZEIT

- 69 „Ostsachsen-Lausitz stellt das bisher beste Beispiel dar“



„Ostsachsen-Lausitz stellt das bisher beste Beispiel dar“

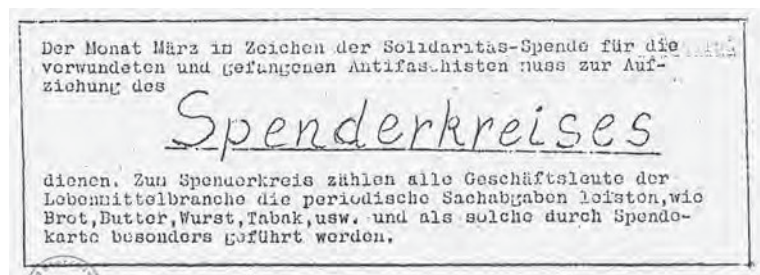
Die illegale Solidaritätsarbeit der Ostsächsischen Einheitskomitees ab 1935

Von Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

In den ersten Jahren der Illegalität hatte die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) ihre sächsischen Hochburgen in einigen größeren Städten, vor allem in Leipzig und Plauen. Wiederholte Verhaftungswellen schwächten die zentral ausgerichtete Organisation, so dass sich Mitte der 1930er Jahre die Formen und regionalen Schwerpunkte der Solidaritätsarbeit veränderten.

Zuschüsse des Zentralvorstands und im Ausland gedruckte Schriften wie die RHD-Zeitung *Tribunal* erreichten die sächsischen Ortsgruppen nur noch vereinzelt und für eigene Publikationen fehlten meist die Kapazitäten. Im Mittelpunkt standen daher lokale Spendensammlungen für die politischen Gefangenen und ihre Familien. Aufgrund dieser Schwächung waren auch die finanziellen Möglichkeiten geschrumpft, wodurch die Zahl der Unterstützten rapide sank und sich weitgehend auf das engste politische Umfeld der verbliebenen Solidaritätsgruppen beschränkte.

Die Reichsleitung der Roten Hilfe, die ihren Hauptsitz inzwischen ins Pariser Exil verlegt hatte, empfahl in dieser Situation eine parteien- und spektrenübergreifende Hilfebewegung für alle politisch Verfolgten. Letztlich war dieser Vorschlag sowohl ein Zugeständnis an die Realität eines veränderten Widerstandsgefüges als auch eine Weiterentwicklung des Einheitsfrontgedankens. An die Stelle der bisherigen RHD-Ortsgruppen sollten dezentrale Komitees treten, die sich auf die materielle Unterstützung vor Ort beschränken sollten: „Ausgehend von der Erweiterung der Hilfe auf alle verfolgten Antifaschisten (...) Aufbauen ge-



meinsamer Hilfsorgane in den verschiedensten Formen wie Ausschüsse, Patenschaften, Spendenkreise, Komitees. Die Formen können ganz lose sein und je nach den Bedingungen feste organisatorische Formen annehmen. (...) Im weiteren Verlauf muss der Kreis auf bürgerliche Leute, Intellektuelle, oppositionelle Nazis erweitert (...) werden“ („Zur Aufgabenstellung“, 24.1.1936, S. 1, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 163).

Bereits in früheren Jahren waren erste Erfolge mit breit angelegten Komitees zu verzeichnen gewesen, die sich meist zu einzelnen Großprozessen oder zu bekannten Gefangenen wie Ernst Thälmann gebildet hatten. Auch wenn sie teilweise eigene Flugblätter erstellten, die durchaus die Inhalte der Roten Hilfe widerspiegelten, verzichteten diese Gruppierungen auf politisch-programmatische Debatten und konnten NazigegnerInnen verschiedener Strömungen sammeln. Nach der neuen Vorgabe des RHD-Zentralvorstands sollten die Komitees jedoch keine Ergänzung, sondern eine Nachfolgestruktur bilden. Zudem appellierte die Reichsleitung an die Basis, ihren von der ArbeiterInnenbewegung geprägten Sprachgebrauch zu ändern und die Agitation hintanzustellen, um breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen.

In den meisten Bezirken sperrten sich die verbliebenen Rote-Hilfe-Strukturen gegen die Umorientierung oder

konnten sie aus organisatorischen Gründen nicht umsetzen. Hingegen war in Ostsachsen bereits im Frühsommer 1935 eine erfolgreiche Bewegung entstanden, die von einem weitgefassten Spektrum an Verfolgten und Widerstandskreisen getragen wurde. Dementsprechend avancierte die Region zum Aushängeschild der Roten Hilfe: „Das bisher einzige Beispiel, wo in einem größeren Gebiet mit der Schaffung einer einheitlichen Organisation und mit der gemeinschaftlichen Hilfe begonnen wurde, existiert im Bezirk Ostsachsen-Lausitz. Die Arbeit in diesem Bezirk stellt deshalb das bisher beste Beispiel dar und die Erfahrungen bei dem Aufbau können in stärkerem Masse für andere Bezirke ausgewertet werden“ („Ueber die Entwicklung der Hilfetätigkeit und die ersten Versuche zur einheitlichen Hilfeorganisation“, 3.2.1936, S. 1, SAPMO RY I 4/4/27, Bl. 192).

Bereits ab 1933 hatten in Ostsachsen relativ autonome RHD-Ortsgruppen die illegale Arbeit ohne direkten Kontakt zum Berliner Zentralvorstand fortgeführt und nur über die Exilstrukturen in der Tschechoslowakei gelangten ab und zu Informationen und Druckschriften der Gesamtorganisation in die Basiszellen. Auch hier versorgte sich die Region selbst, indem 1934 die Rote Hilfe Ostsachsen-Lausitz die Zeitung *Die Hilfe* herausgab, von der auch aus dem Jahr 1936 noch mehrere Ausgaben mit jeweils 15 Seiten bekannt sind.¹ Gewohnt an

¹ Vgl. Heinz Sommer, *Literatur der Roten Hilfe in Deutschland*, Berlin 1991, S. 78

eigenständiges Arbeiten gelang der Übergang in vielfältig aktive dezentrale Solidaritätsstrukturen nach dem neuen Modell, indem ab Frühsommer 1935 in Dutzenden Städten und Gemeinden Initiativen unter dem Namen „Ostsächsische Einheitskomitees“ aufgebaut wurden.

Da NS-KritikerInnen unterschiedlichster Weltanschauungen einbezogen werden konnten, verbreiterte sich der Kreis der Mitglieder und SpenderInnen sehr schnell. Ausgangspunkt war ein Abkommen mit lokalen SPD-Leitungen gewesen, das allerdings – im Gegensatz zu anderen Bezirken – zügig und im großen Maßstab in eine entsprechende Praxis mündete. Innerhalb kürzester Zeit dehnte sich die Kooperation auf die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und die Revolutionären Sozialisten (RS) aus und weitere Widerstandsorganisationen folgten. Da die SozialdemokratInnen weniger intensiv überwacht wurden, genossen sie größere Bewegungsfreiheit und spielten für die Kommunikation eine wichtige Rolle. Bereits existierende Spendenkreise aus dem proletarischen Milieu schlossen sich der Hilfebewegung an und weitere SympathisantInnen wurden in neuen Betriebsgruppen oder Straßenzellen erfasst. Daneben übernahmen engagierte NazigegnerInnen persönliche Patenschaften für einzelne Gefangene und deren Familien und standen diesen durch Direkthilfe zur Seite.

Große Bedeutung hatte die Verbindung mit den Exilstrukturen in der Tschechoslowakei, nachdem die dortige RHD-Grenzstelle 1935 zunehmend arbeitsfähig geworden war. Während die Basisgruppen aus Sicherheitsgründen untereinander kaum Kontakt pflegten, wurden sie von einer paritätisch besetzten Leitung vom tschechoslowakischen Varnsdorf aus koordiniert. Dieses „Einheitliche Hilfskomitee“ bündelte die Informationen über Fortschritte und Rückschläge, trieb Neugründungen voran und nutzte seine vielfältigen Kontakte zu verschiedenen Widerstandskreisen, um weitere AktivistInnen einzubinden. Hier wurden auch Angaben über die Zahl und Haftsituation der Gefangenen in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern zusammengetragen und der internationalen Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Sammlung und Verteilung der Unterstützungsmittel erfolgte jedoch ausschließlich lokal und wurde nicht zentral abgerechnet,

auch wenn finanzielle Zuschüsse aus der Tschechoslowakei die Tätigkeit vor Ort ergänzten.

Ein erster längerer Bericht über das Netzwerk schildert die Entwicklung im Sommer und Herbst 1935, wobei die Informationen aus dem „Komitee F“ das schnelle Wachstum und die erfolgreiche Arbeit besonders gut zeigen: „Wir stellten 19 Fälle fest, von welchen 16 der früheren SPD und 3 der früheren KPD angehörten. Wir waren durch unsere Sammlungen in der Lage, im Monat Juni die Hälfte der Fälle mit 3,- Mk. pro Fall zu unterstützen. (...) Bis November steigerte sich die Zahl der Hilfsgruppen bis auf 9, ausserdem verbreiterten sich die einzelnen Hilfskreise wesentlich. Infolge dieser Steigerung unserer eigenen Kräfte und der zusätzlichen Hilfe der Hilfsfreunde aus der CSR unterstützten wir im November jeden Fall mit RM 5,- (...) Zusammen wurden vom Juni (Beginn unserer planmäßigen, gemeinsamen Hilfsaktion) bis Mitte November 22 Familien mit zahlreichen Kindern, mit RM 377,- unterstützt.“ („Bericht einiger Hilfskomitees im Geb. Ostachsen u.d. Lausitz“, 25.11.35, SAPMO RY I/4/4/30, Bl. 449). Insgesamt hatten die in dieser Übersicht genannten Strukturen in diesem Zeitraum 96 Familien in 22 Ortschaften mit insgesamt 958 RM sowie Sachspenden versorgt.

Dass in den Ostsächsischen Komitees AktivistInnen der seit Jahren zerstrittenen ArbeiterInnenparteien aufs Engste offen zusammenarbeiteten, stieß beim in Prag

ansässigen Exilvorstand der SPD auf energischen Widerstand. Schon gegen frühere Einheitsfrontabkommen, die die Rote Hilfe und SPD-Leitungen auf Bezirksebene vereinbart hatten, war die Prager Parteispitze interveniert, so dass es wenig erstaunlich war, dass sie die neue Bewegung zu unterbinden versuchte. Ein wichtiger Angriffspunkt waren die Verbindungen ins Exil, über die die Vernetzung und finanziellen Zuschüsse organisiert wurden. Nach einem Bericht des RHD-Funktionärs „Kurt“ vom 8.2.1936 schreckte die SPD-Spitze nicht einmal vor der Zusammenarbeit mit der Polizei zurück, um ihre Mitglieder einzuschüchtern. So waren Ende Januar zwei führende sozialdemokratische AktivistInnen des Exil-Komitees zu einer Parteiversammlung vorgeladen und befragt worden. Bei einem der beiden Befragten, Fritz Spier, fand kurz darauf eine Hausdurchsuchung durch die tschechoslowakische Gendarmarie statt. Ein dabei beschlagnahmter Zettel mit Hinweisen auf die Komitees fand seinen Weg zur SPD-Leitung, woraufhin der Betroffene laut diesem Bericht mit dem Parteiausschluss und der Streichung der Emigrantunterstützung bedroht wurde. Gegen Kontakteleute aus Ostachsen, die illegal über die Grenze kamen, soll der sozialdemokratische Vorstand sogar eine Denunziation in Aussicht gestellt haben.²

Doch die parteienübergreifenden Hilfsstrukturen waren nicht aufzuhalten und wurden weltanschaulich immer breiter: Waren in den ersten Wochen die Funktio-

Anzeige



Inhalt

Schwerpunkt

DDR – Anspruch und Wirklichkeit

International

Solidarität mit dem Kampf der iranischen Volksmassen!

Kriege in Westasien – Beispiel Iran

Repression

Aufruf Freiheit für Müslüm Elma

Klima & Umwelt

GroKo Klima-Paket +

EU Green Deal + COP 25 Madrid

= Show + Betrug

Aktion

Linke Literaturmesse Nürnberg

Radikale kollektive Wissensbörse

International

Solidarität mit Rojava

NSU-Komplex auflösen

Tribunal in Chemnitz – Zwickau

Postfach 48, 73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de | <http://trotzalledem.bplaced.net>

² Vgl. „P.V. versucht mit Hilfe der Polizei Ostsächsisches Hilfskomitee zu zerschlagen“ vom 8.2.36, Seite 1f, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 207f



närInnen hauptsächlich nach ihrer Eignung ausgewählt worden, wurde bald auf eine paritätische Zusammensetzung geachtet. Damit sollte vermieden werden, dass sich rein kommunistische oder sozialdemokratische Gruppierungen etablierten, bei denen die Gefahr parteipolitischer Tendenzen bestanden hätte. Ende 1936 wirkten die Einheitskomitees über das Spektrum der ArbeiterInnenbewegung hinaus und hatten auch Bürgerliche und oppositionelle ChristInnen integriert. Vor allem eine größere Anzahl von KatholikInnen beteiligte sich an den Sammlungen oder war in den lokalen Komiteeleitungen aktiv. In mehreren Orten bildeten sich eigenständige katholische Spendenkreise, beispielsweise im niederschlesischen Luban.

Selbst einzelne „Ernste Bibelforscher“, wie die Zeugen Jehovahs genannt wurden, beteiligten sich rege, da viele AnhängerInnen der Glaubensgemeinschaft wegen der Verweigerung des Kriegsdiensts und anderer staatsablehnender Handlungen in Haft waren. Zu dieser Gruppierung, die sich laut ihrem Selbstverständnis eigentlich von politischem Engagement fernhielt, merkten die Komitees allerdings kritisch an, „dass sie, sobald sie sehen, dass ihre eigenen Leute nicht mehr zu versorgen sind (z. B. bei Entlassungen) oder versorgt sind, sehr nachlassen“ („Bericht der R.H.D. ueber die Hilfsarbeit und die Hilfsbewegung in Deutschland (Berichtszeit zweite Haelfte des Jahres 1936.)“ S. 11, SAPMO RY I 4/4/27, Bl. 223).

Bei den Versuchen, in jüdischen Gemeinden Spendenzirkel aufzubauen, waren die Kontakte engagierter Einzelmitglieder hilfreich, etwa in Görlitz, wo der Vertreter einer zionistischen Organisation schon seit längerem an zentraler Stelle in der örtlichen Roten Hilfe aktiv war. Hier wurde die Verhaftung eines Sozialdemokraten, der sich gegen antisemitische Angriffe positioniert hatte, zum Anlass genommen, um in jüdischen Kreisen für eine Gefangenenpatenschaft zu werben.

In einer Aufstellung vom Jahresende 1936 kommen die Vielfalt der AktivistInnen und der enorme Umfang ihrer Tätigkeit deutlich zum Ausdruck: „Dieser dezentralisierte Koerper von 44 SP, 44 KP, 8 SAP, 9 Parteilosen, 6 Mittelstaendlern, 4 Katholiken, 2 Bibelforscher, zusammen 117 Funktionaere, darunter 22 Frauen der einheitlichen Hilfe, registrierten im Verlauf des vergangenen Berichtsjahres in 78 Sta-

**Helft den Gefangenen in Hitlers
Kerkern!**

**Gebt die Solidaritätsspende für
die gefangenen und verwun-
deten Antifaschisten!**

Werdet Mitglied der Roten Hilfe!

edten und Ortschaften 372 Unterstuetzungsfaelle (...). Von diesen 210 erfassten Faellen wurden im Monat Oktober 36 in 14 Staedten und 41 Ortschaften an 183 Faelle RM 1400,- an zusaetzlicher Hilfe ausgezahlt“ („Bericht der R.H.D. ueber die Hilfsarbeit und die Hilfsbewegung in Deutschland (Berichtszeit zweite Haelfte des Jahres 1936.)“ S. 17, SAPMO RY I 4/4/27, Bl. 229).

Diese positive Entwicklung beschränkte sich weitgehend auf Teile Ostsachsens und der Lausitz, insbesondere in den grenznahen Gebieten. In Leipzig, Chemnitz und auch in Dresden kam der Aufbau der Komitees kaum voran und in Plauen gab es Rückschläge durch interne Unregelmäßigkeiten.

Lange Zeit hatte der dezentrale Ansatz die Bewegung vor schweren staatlichen Angriffen bewahrt: „Schon der Leiter eines Helferkreises von nur 3–4 Genossen mußte direkt mit den Komiteemitgliedern in Warnsdorf (CSR) verkehren, ohne daß in Deutschland ein höherer Funktionär eingeschaltet war“ (Gestapo-Lagebericht 1937, zit. nach Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945, Berlin 1989, Band 1, S. 182). In der ersten Jahreshälfte 1937 gelang es der Gestapo jedoch, die Komitees nacheinander ausfindig zu machen und zu zerschlagen, oftmals aufgrund der Denunziationbereitschaft der Bevölkerung.

So hatte es beispielsweise im Grenzort Seifhennersdorf eine aktive Solidaritätsstruktur gegeben, die im Oktober 1936 außer Spendenkreisen im Wohngebiet auch eine Betriebsgruppe in der Weberei Rentsch umfasste, die in einem Monat

7 Reichsmark sammelte. Daneben waren einzelne AktivistInnen der Gruppe in gemeindeeigenen Einrichtungen tätig und nutzten ihre dortigen Spielräume, um die Verfolgten mit Hilfszahlungen zu versorgen. An zehn betroffene Familien konnten im Oktober 1936 insgesamt 75 RM ausgezahlt sowie zusätzlich Sachspenden verteilt werden.

Auch hier schlug die Gestapo 1937 zu: Wenige Tage nach einer anonymen Denunziation verhaftete sie neun Hausfrauen und Arbeiterinnen, denen sie Mitarbeit in der Roten Hilfe oder Empfang von Unterstützungsgeldern vorwarf. Im Mittelpunkt der Beschuldigungen stand die Näherin Frieda Schubert, die laut Anklage nicht nur Spenden an die Ehefrauen von Gefangenen verteilt, sondern als Verbindungsfrau und Kurierin zur Leitung in Varnsdorf fungiert hatte. Die Gestapo Dresden erpresste die junge Mutter dreier Kleinkinder und entließ sie aus der Haft mit dem Auftrag, Spitzeldienste in tschechoslowakischen Exilgruppen zu leisten. Da sie jedoch keinerlei Informationen lieferte, verhafteten die Nazis sie kurz darauf erneut. In den Verhören und im Prozess vor dem Volksgerichtshof bekannte sich Frieda Schubert offen zu ihrer politischen Gesinnung, woraufhin sie am 26. April 1938 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.³

Ähnliche Repressionsangriffe hatten sich flächendeckend gehäuft und im Herbst 1937 waren die organisierten Einheitskomitees weitgehend zerschlagen, so dass sich die Hilfe für die Verfolgten auch in Ostsachsen auf lokale Direkthilfe auf kleiner Flamme beschränkte. ❖

³ Vgl. Isabel Richter, Hochverratsprozesse als Herrschaftspraxis im Nationalsozialismus, Münster 2001, S. 53, 57 und 138